

Mein

# NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin



## Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisabgeordneter für MIL & MSP

Betreuungsabgeordneter für AB & WÜ

OKTOBER 2016

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Sommerpause ist vorbei, der Bundestag hat seine Arbeit wieder aufgenommen. Zur Vorbereitung auf die kommenden Monate hat sich die SPD-Bundestagsfraktion Anfang September zwei Tage getroffen und die Marschroute für die parlamentarische Arbeit festgelegt. Mehrere gute Beschlüsse hat die Fraktion gefasst. Einige davon habe ich auf den folgenden Seiten zusammengestellt. Alle anderen gibt es auf [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

Ein Beschluss ist mir besonders wichtig: Rente! Hier streiten wir endlich wieder Seite an Seite mit den Gewerkschaften für ein zukunftsfähiges Rentensystem. Hierzu passt auch das Foto, das am Rande eines Gesprächs mit dem DGB Bundesvorsitzenden Reiner Hoffmann gemacht wurde.

Die Renten-Offensive des DGB unter dem Titel „Die Rente muss reichen“ unterstütze ich gerne. Es ist gut für Deutschland, dass sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften wieder besser verstehen. Denn nur gemeinsam sind wir stark, davon bin ich überzeugt!

In diesem Sinne

Ihr und Euer



## INHALT

- 2 Klartext: Fürchtet Euch nicht! CSU vs. Kirchen
- 3 Berlinfahrt
- 4 Missbrauch von Leiharbeit
- 6 Alleinerziehende stärken
- 7 Bundesteilhabegesetz
- 8 Geld für Unterfranken
- 9 Unterwegs in Unterfranken
- 12 Paulas Post aus den USA
- 14 Beiträge der MdL

## KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

[bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de)

Büro Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

[bernd.ruetzel@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel@bundestag.de)

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB

Obertorstr. 13, 97737 Gemünden

# Aus dem PARLAMENT



## KLARTEXT

### Fürchtet Euch nicht! Flüchtlinge als Chance sehen, nicht als Bedrohung!

„Das Schlimmste ist ein Fußball spielender, ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist. Weil den wirst du nie wieder abschieben.“ Nach diesem Satz von CSU-Scharfmacher (=Generalsekretär) Scheuer bläst der CSU ordentlich Gegenwind ins Gesicht. Die Kirchen werden so deutlich wie nie zuvor, die vermeintlich „Christlich“ Soziale Union hat eine rote Linie überschritten.

Schockiert zeigt sich der evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. **„So redet man nicht über Menschen. Solche Sätze sind Futter für Rechtspopulisten.“** Dass die Verfahren so lange dauern, könne den Flüchtlingen nicht vorgeworfen werden. Sie litten selbst darunter.

Auch der Würzburger Bischof Friedhelm Hofmann kritisiert Scheuer heftig. „Welch beleidigendes Denken steckt hinter einer solchen Aussage? Wie wird hier Stimmung gegen junge Flüchtlinge gemacht! Ich freue mich über jeden Ministranten, egal aus welchem Land.“ Und nur wenige Tage nach Scheuers Ausfall setzt unser Bischof ein Zeichen und lässt zwei ägyptische Flüchtlinge im Dom als Ministranten an seiner Seite die Messe zelebrieren. Ein starkes Zeichen!

„Das christliche Menschenbild gebietet uns, mit Respekt jedem Menschen zu begegnen - auch wenn sein Asylantrag abgelehnt wird“, sagt Hofmann. **„Ich frage mich, wo in Scheuers Spruch das Christliche bleibt!“** Klarer kann man sich als Kirchenmann von der CSU nicht absetzen. Für solche eindeutige Worte danke ich „meinem“ Bischof. Als Christ ist es für mich, aber auch für meine politische Arbeit, immens wichtig, solche deutlichen Worte zu hören.

Am ausführlichsten äußerte sich Kardinal Marx, der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz: Er sei „erschrocken und verärgert“ über Äußerungen von CSU-Politikern, die nur darauf abzielten, wie Deutschland Geflüchtete loswerden könne, sagte Marx zum Auftakt der Herbstvollversammlung der katholischen Bischöfe in Fulda. Mit Blick auf die politische Debatte warnt Marx davor, Ressentiments gegen andere Kulturen und Religionen zu schüren. Ihm geht es da wie mir: „Das Wiederbeleben dieses starken nationalen Redens macht mir große Sorge“, sagte er in Fulda. **„Nationalismus ist die Ursache vieler Kriege in Deutschland gewesen.“**

Marx machte auch klar, dass niemand in Krieg und Verfolgung zurückgeschickt werden dürfe. Die Bilder aus Aleppo mögen uns kaum berühren, sie sind weit weg, nicht greifbar. Wir dürfen aber nicht wegschauen. Dieser Krieg produziert nicht nur viel Leid, sondern auch neue Flüchtlinge. Genauso wie die Hungersnöte in Afrika, die allzu schnell vergessen werden. Wir dürfen uns nicht an die Bilder verhungender Kinder gewöhnen. Niemals! Unsere christliche Nächstenliebe war selten so gefordert wie heute. Nicht nur sonntags und nicht nur, wenn es uns gerade mal wieder in den Kram passt.

**Die Flüchtlinge sollten wir nicht als Bedrohung sehen, sondern als Chance. Je besser wir sie aufnehmen und in unserer Mitte integrieren, desto mehr wird unsere alternde Gesellschaft von ihnen auch profitieren. Ein weltoffenes, wirtschaftlich starkes Deutschland braucht Zuwanderung. Ich rufe Ihnen und Euch, ich rufe uns allen daher zu: Fürchtet Euch nicht! Seht die Chancen!**

# Aus dem PARLAMENT



## ZAHL DES MONATS

# 300

Gäste lud die SPD-Bundestagsfraktion zur diesjährigen Blaulichtkonferenz ein. Unter dem Motto „Herausforderungen im Bevölkerungsschutz“ kamen auf meine Einladung hin auch engagierte Mitglieder der Johanniter (Uwe Kinstle) und Malteser (Ernst Freier), des BRK (Thomas Schlott) und der Feuerwehr (Karl-Heinz Ostheimer) aus Gemünden, Großostheim, Estenfeld, Mainstockheim und Würzburg nach Berlin. Das hat mich sehr gefreut!

Starkniederschläge, Unwetter, Überschwemmungen – die Folgen des Klimawandels, die wachsende Verwundbarkeit unserer modernen Gesellschaft, Angriffe auf kritische Infrastrukturen, Cyber-



attacken, Terrorismus und die Zunahme von internationalen Krisen sind wichtige Zukunftsthemen. Konzepte zur Bewältigung dieser Herausforderungen haben wir gemeinsam mit den örtlichen Fachleuten erarbeitet. Ich danke allen Teilnehmern – insbesondere den Gästen aus meiner Region – dafür, dass sie sich und ihre Fachkenntnisse in diese Arbeit einbringen.



# Aus dem PARLAMENT



## BERLIN-FAHRT ENDE AUGUST

Früh am Sonntag, den 28. August, ging es los: 50 politisch Interessierte, darunter auch zehn unterfränkische Jusos, stiegen am Würzburger Bahnhof in den ICE. Ihr Ziel: Berlin. Auf meine Einladung hin verbrachten sie vier Tage in der Hauptstadt. Es ist mir eine Freude, so vielen politisch Interessierten solche eine Reise ermöglichen zu können.

Den Besucherinnen und Besuchern aus Main-Spessart, Miltenberg, Aschaffenburg und Würzburg wurde dabei einiges geboten: Gleich nach Ankunft und Mittagessen ging es am Sonntag auf eine Stadtrundfahrt. Am nächsten Tag stand dann nach einem Besuch des Willy-Brandt-Hauses das Parlament im Zentrum. Im Reichstag angekommen, warteten bereits jede Menge Informationen zu den Aufgaben und zur Arbeit des Parlamentes auf die Besucher aus Unterfranken, bis sie mich zu einer politischen Diskussionsrunde trafen.

Im Anschluss führte ich die Besucherinnen und Besucher noch in den Gebetsraum des Bundestages, in den Fraktionssaal der SPD und zeigte ihnen



Zu „125 Jahre IG Metall“ lud die Gewerkschaft zum „Hausfest“ in die Zentrale in Berlin. Deutschland braucht starke Gewerkschaften, heute wie vor 125 Jahren.

#KRANKENKASSENBEITRAG

## HÄLFTE HÄLFTE!



Wenn's nach uns geht, dann sind die Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung bald Geschichte. An der Finanzierung der Krankenkassenbeiträge sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder jeweils zur Hälfte beteiligt werden. Das haben wir kürzlich auf unserer Fraktionsklausur beschlossen.

die kyrillischen Inschriften, die Soldaten der Roten Armee im Jahre 1945 im Reichstagsgebäude hinterlassen hatten. Nach einem Besuch der Reichstagskuppel stand für den Abend eine Ausstellung zur Geschichte Berlins an. An den beiden nächsten Tagen ging es zu Informationsgesprächen beim Bundesnachrichtendienst und beim Familienministerium sowie ins Haus der Wannsee-Konferenz.

## MISSBRAUCH VON LEIHARBEIT UND WERKVERTRÄGEN BEKÄMPFEN

Mit der Union haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu bekämpfen.

**Seit einigen Jahren nutzen Arbeitgeber Leiharbeit und Werkverträge verstärkt dazu, Belegschaften zu spalten und Lohndumping zu betreiben.**

Rund eine Million Menschen sind derzeit als Leiharbeiterinnen und -nehmer beschäftigt. Sie erhalten oft weniger Lohn als die Stammbeslegschaft, haben schlechtere Arbeitsbedingungen und weniger Rechte. Es gibt Leiharbeiter, die bis zu zehn Jahre im selben Entleih- bzw. Einsatzbetrieb arbeiten. Das geht so nicht weiter!

# Aus dem PARLAMENT



Auch weichen Arbeitgeber immer häufiger auf Werkverträge aus, um Leiharbeit zu umgehen und den eigenen Profit zu erhöhen.

**Gute Arbeit und Zusammenhalt machen unser Land stark. Deshalb ist es nicht länger hinnehmbar, wenn Arbeit durch missbräuchliche Leiharbeit und Werkverträge entwertet wird.**

Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen wird künftig schärfer bestraft. Außerdem stärkt der Gesetzentwurf die Tarifbindung.

Ziel ist es, Leiharbeit und Werkverträge wieder auf ihren eigentlichen Zweck zurückzuführen: Denn Leiharbeit ist ein flexibles Instrument für Unternehmen, um Auftragsspitzen abarbeiten und zeitlich begrenzte Personalengpässe, z. B. durch längere Krankheit eines Beschäftigten, überwinden zu können. Und Werkverträge sind dazu da, spezielle Aufgaben wie die Programmierung einer Software oder das Anstreichen von Büroräumen, die nicht vom Unternehmen selbst erbracht werden können, per Werkvertrag extern zu vergeben.

**Der Gesetzentwurf sieht im Kern vor, dass Leiharbeitnehmer künftig nach neun Monaten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten müssen wie die Stammebelegschaft.**

Zudem soll eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten gelten. Wird diese überschritten, muss der Leiharbeitnehmer in ein Normalarbeitsverhältnis im Einsatzbetrieb übernommen werden. Damit soll dem dauerhaften Einsatz von Leiharbeitskräften entgegengewirkt werden.

Auch dürfen Leiharbeitnehmer nicht als Streikbrecher in Unternehmen eingesetzt werden.

Der Werkvertragseinsatz wird durch Stärkung der Informationsrechte von Betriebsräten transparenter. Betriebsräte müssen über die vertragliche Gestaltung des Einsatzes von Fremdpersonal informiert werden.



Als Fachmann unserer Fraktion für die Themen Arbeit und Soziales bin ich oft bayernweit unterwegs, hier zu einer „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung in Uffenheim bei meinem Bundestagskollegen Carsten Träger. Titel: „Ordnung auf dem Arbeitsmarkt!“

Außerdem können Scheinwerkverträge künftig nicht mehr durch eine so genannte Vorratsverleiherlaubnis nachträglich legitimiert werden. Das stärkt die Betriebsräte und dadurch können abhängig Beschäftigte und Selbstständigkeit eindeutiger voneinander abgegrenzt werden.

**Die neuen gesetzlichen Regelungen helfen verantwortungsvoll handelnden Unternehmen, deren Flexibilität nicht eingeschränkt wird. Sie richten sich aber gegen die schwarzen Schafe, die die bisherigen Regeln missbraucht haben.**

Für uns als SPD-Bundestagsfraktion sind die Regelungen ein erster wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen. Wir hätten gerne weitreichendere Forderungen durchgesetzt, zum Beispiel Equal Pay früher als nach neun Monaten oder die Einführung einer Beweislastumkehr bei missbräuchlichen Werkverträgen. Das war aber mit der CDU/CSU-Fraktion nicht zu machen.

# Aus dem PARLAMENT



## MEHR UNTERHALTSVORSCHUSS, SCHLUSS MIT DER TEILZEIT-FALLE

In Deutschland gibt es 1,9 Millionen allein erziehende Eltern. 90 Prozent sind Mütter. Und obwohl die meisten gut ausgebildet sind und viele auch arbeiten, liegt ihr Armutsrisiko und das ihrer Kinder weit über dem von „Paarfamilien“. Wir als SPD-Bundestagsfraktion setzen uns daher seit Jahren dafür ein, Alleinerziehende stärker zu unterstützen. Vieles konnte bereits umgesetzt werden, drei weitere Forderungen wollen wir noch bis zur nächsten Bundestagswahl auf den Weg bringen:

### >> Längerer Anspruch auf Unterhaltsvorschuss:

Viele Alleinerziehende und ihre Kinder sind auf den Unterhaltsvorschuss angewiesen. Dieses Geld gleicht den fehlenden oder zu geringen Kindesunterhalt aus, wenn der andere Elternteil ganz oder teilweise nicht zahlen kann oder will.



Teamtreffen: Einmal im Jahr sind meine Berliner Mitarbeiterinnen im Wahlkreis zu Gast. Das fördert den Austausch der Büros in Gemünden und Berlin. Und wer so unsere schöne Heimat besser kennenlernt, kann sich bei wahlkreisspezifischen Themen auch im fernen Berlin kompetent einbringen. Letztes Jahr waren wir im Landkreis Miltenberg unterwegs, jetzt war Main-Spessart dran. Das Foto entstand auf der Burg Rieneck. Heimat pur!

#FLEXIRENTE

## FLEXIBLE ÜBERGÄNGE IN DIE RENTE SIND EINE FRAGE DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT.



Das Bundeskabinett hat mit einem Gesetzentwurf die Flexirente auf den Weg gebracht. Flexible Übergänge vom Erwerbs- ins Rentenalter werden damit erleichtert und altersgerecht gestaltet.

Da aktuell etwa die Hälfte aller alleinerziehenden Eltern in Deutschland keinen Unterhalt für die Kinder erhält, müssen wir hier was tun: Denn bislang wurde die staatliche Unterstützung nur bis zum 12. Lebensjahr des Kindes und nur für maximal sechs Jahren gezahlt. Wir setzen uns dafür ein, dass künftig ohne zeitliche Beschränkung bis zum 18. Lebensjahr gezahlt wird.

### >> Umgangsmehrbedarf für Kinder getrennt lebende Eltern, die Hartz IV erhalten:

Bekommen beide Elternteile Hartz-IV, soll es nach unserer Vorstellung mehr Geld für den Umgangsberechtigten geben, um die Mehrkosten für den Umgang (z. B. Fahrtkosten) auszugleichen. Am Geld soll es nicht scheitern, dass beide Eltern ihre Kinder sehen können. Das ist vor allem für die Kinder wichtig.

### >> Bessere Übergänge zwischen Voll- und Teilzeit:

Die SPD-Fraktion will die Übergänge zwischen Vollzeit- und Teilzeit erleichtern, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die z. B. für die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen eine zeitlich befristete Teilzeitstelle angenommen haben, wieder zur früheren Arbeitszeit zurückkehren können. Zudem soll es einen Anspruch auf befristete Teilzeit geben.

# Aus dem PARLAMENT



## BUNDESTAG BERÄT BUNDESTEILHABEGESETZ

Das Bundesteilhabegesetz ist eine der großen sozialpolitischen Reformen in dieser Legislaturperiode. Lange wurde hier nichts angepackt, wir tun das jetzt endlich.

Kern des Bundesteilhabegesetzes ist, dass die Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem“ der Sozialhilfe ausgegliedert wird. Die Eingliederungshilfe soll Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohten Menschen helfen, sich in die Gesellschaft einzugliedern und die Folgen der Behinderung zu mildern.

**Mit dem Bundesteilhabegesetz wird die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) weiter umgesetzt. Die UN-Konvention fordert als internationales Übereinkommen die Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Inklusion ist somit ein Menschenrecht!**

Für mich der wichtigste Punkt: Bezieherinnen und Bezieher der Eingliederungshilfe sollen deutlich



Noch ein Foto vom Teamtreffen: Auch ein Besuch in Hohenroth stand auf dem Programm. Als Schaippacher und Nachbar begleitet mich diese tolle Einrichtung für Menschen mit Behinderung schon sehr lange. Politisch und privat.

**100% Leistung  
bei 79% Bezahlung.**

„Wer kann dazu schon nein sagen?“

**Wir!**



Lohnlücke schließen. #lohngerechtigkeit  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass die CDU/CSU ihre Blockade gegen Manuela Schwesigs Gesetzesentwurf für mehr Lohngerechtigkeit endlich beendet. Klar ist: Mehr Lohntransparenz ist fair und nützt uns allen - Frauen und Männern!

mehr von ihrem eigenen Einkommen behalten können als bisher. Das ist auch das größte Anliegen der vielen Sozialverbände und Interessengruppen, mit denen ich in den letzten Wochen und Monaten über dieses Gesetz gesprochen habe.

Ab 2017 sollen die Freibeträge für Erwerbseinkommen um bis zu 260 Euro monatlich erhöht werden. Die Vermögensfreigrenze soll um 25.000 Euro erhöht werden. Sie liegt dann bei 27.600 Euro. Bis 2020 wird die Freigrenze für Barvermögen auf rund 50.000 Euro angehoben.

Und ganz wichtig: Ehegatten und Lebenspartner werden künftig weder mit ihrem Einkommen noch mit ihrem Vermögen herangezogen.

Auch Beschäftigten in einer Werkstatt für behinderte Menschen wird künftig ein geringerer Teil ihres Arbeitsentgeltes auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angerechnet.

**Fazit: Wir sind auf einem guten Weg, müssen aber mit der Union noch harte Verhandlungen führen, um alle Verbesserungen auch wirklich umsetzen zu können.**

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## GELD FÜR UNTERFRANKEN

### >> Bund fördert regionale Demenz-Projekte

Der „Verein Hilfe für alte Menschen im Alltag e.V. (HALMA)“ in Würzburg und das „Lebens(t)räume Mehrgenerationenhaus“ in Johannesberg (Landkreis Aschaffenburg) werden aus dem Bundesmodellprogramm „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ über zwei Jahre Fördergelder erhalten. Besonders schön: Lebens(t)räume wird außerdem über das Bundesförderprogramm für Mehrgenerationenhäuser 2017-2020 unterstützt (s.u.). Solche Initiativen leisten durch Beratung und Hilfe für Menschen mit Demenz einen enorm wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt!

### >> Förderung von Mehrgenerationenhäusern

Mehrgenerationenhäuser (MGH) sind offene Begegnungsorte für Menschen jeden Alters, mit unterschiedlicher Herkunft oder kulturellem Hintergrund. Sie haben gerade im ländlichen Raum eine wichtige Rolle als örtliche Begegnungsstätte. Ich freue mich, dass unsere örtlichen MGH nun bis 2020 eine finanzielle Unterstützung vom Bund erhalten. Insgesamt neun bestehende MGH im Wahlkreis und den Betreuungswahlkreisen bekommen in den kommenden Tagen ihre Förderanträge.

Folgende Häuser wurden in das Bundesprogramm aufgenommen: **in Aschaffenburg Stadt/Landkreis:** MGH MIZ – Miteinander im Zentrum (Aschaffenburg), Mosaik MGH Bachgau (Großostheim), MGH LebensWert (Goldbach), Lebens(t)räume MGH (Johannisberg), **im Landkreis Miltenberg:** MGH Johanniter Unfall-Hilfe (Miltenberg), **in Würzburg Stadt/Landkreis:** MGH Königsbrunn, MGH Matthias-Ehrenfried-Haus (Würzburg), MGH Wabe (Waldbrunn) und **im Landkreis Main-Spessart:** MGH Johannesverein Binsfeld (Arnstein).



Viel Spaß hatte ich vor etwas mehr als einem Jahr beim Besuch des Sprach-Kindergartens „Rasselbande“ in Bürgstadt zusammen mit Bürgermeister Thomas Grün.

### >> Mehr Geld für Sprach-Kitas

Mit dem Bundesprogramm „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ förderte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit dem Jahr 2011 erfolgreich die sprachliche Entwicklung in der Kindertagesbetreuung.

Das mit Jahresbeginn 2016 gestartete Nachfolgeprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“, ist ebenfalls erfolgreich angelaufen. Besonders für die kleineren Kindergärten in unserer ländlich strukturierten Region ist dies eine wertvolle Unterstützung. Sie kommt besonders wirkungsvoll den bildungsbenachteiligten Familien, Kindern mit Migrationshintergrund sowie Kindern mit Fluchterfahrung zugute.

Aktuell werden **im Landkreis Main-Spessart** fünf Kitas gefördert: vier in Marktheidenfeld und eine in Karlstadt. **Im Landkreis Miltenberg** sind es zwölf Kitas: Erlenbach (4), Elsenfeld (3), Würth (3), Bürgstadt (1) und Obernburg (1). Dazu kommt die Fachberatung in Würth.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## OHNE SPRACHE KEINE INTEGRATION



Um mir einen Überblick über die aktuelle Lage in den Integrationskursen zu verschaffen, besuchte ich die Volkshochschule in Gemünden. Mein Fazit: In der VHS wird eine hervorragende Arbeit geleistet!

Die Kursteilnehmer zeigen ein großes Engagement in der Lerngruppe. Viele aus dem Kurs haben in ihrer Heimat eine Ausbildung gemacht oder sind bereits Akademiker. Der Wunsch ist groß, ihre sprachlichen Kenntnisse zu erweitern, um so den späteren Einstieg in den Beruf zu erleichtern. Dazu sind weiterführende Kurse notwendig, da diese nicht nur Voraussetzung für ein Studium, sondern meist auch für eine Ausbildung sind. Sie werden zwar bereits angeboten, werden aber nicht gefördert und sind somit für die Zuwanderer kaum bezahlbar. Nach Dr. Susanne Duckstein, stellvertretende Leiterin der VHS Lohr-Gemünden, ist bereits eine Förderung der Kurse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beantragt. Nun muss auf eine Zulassung gewartet werden.

Wir dürfen die Leute, die einen großartigen Willen zur Integration zeigen und hier studieren und arbeiten wollen, jetzt nicht im Stich lassen. Ich werde mich beim BAMF über den Stand der Zulassung erkundigen und mich darüber hinaus für Kurse auf einem höheren Niveau einsetzen!

## HOCHGENUSS & HOCHKULTUR

Zu einer Tour durch den südlichen Teil des Landkreises Miltenberg traf ich mich bereits Ende August mit Vertretern der örtlichen SPD, unter ihnen die Vorsitzenden der SPD Weilbach und Amorbach, Robin Haseler und Wolfgang Härtel.



Startpunkt war die in Weilbach ansässige Odenwälder Marzipankonditorei GmbH. Ich liebe Marzipan und wollte deshalb unbedingt einmal dort vorbeischauen. Was mich besonders beeindruckt hat: 1977 noch als kleines Garagenunternehmen gegründet, ist die Odenwälder Marzipankonditorei GmbH mittlerweile zu einem äußerst erfolgreichen Mittelstandsbetrieb mit knapp 80 Mitarbeitern geworden. Ich freue mich, dass so ein tolles Unternehmen in meinem Wahlkreis ansässig ist. Es ist ein hervorragendes Beispiel für den Unternehmergeist in unserer Region. Zum Schluss des Besuchs ließen wir es uns nicht nehmen, die eine oder andere Spezialität aus dem aktuellen Sortiment im Werksverkauf zu probieren und zu kaufen.

Danach ging es weiter ins benachbarte Amorbach, um sich von Stadtführer Heiner Schnorr durch das ehemalige Benediktinerkloster mit Grünem Saal und Bibliothek sowie die frisch renovierte ehemali-

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



ge Abteikirche führen zu lassen. Bereits im vergangenen Jahr war ich beim feierlichen Wiedereröffnungsgottesdienst dabei. Schon da habe ich den Entschluss gefasst, mir dieses prächtige Gotteshaus noch einmal in Ruhe anzuschauen. Für mich als bekennenden Christen, der auch regelmäßig am Gebetskreis des Deutschen Bundestages teilnimmt, ein doppelt schönes Erlebnis.

Bei Kaffee und Kuchen im Café Schlossmühle haben wir anschließend die aktuellen Entwicklungen und Initiativen vor Ort besprochen, die die Stadt attraktiver machen sollen, wie beispielsweise der neue Wochenmarkt. Den Abschluss des Tages bildete schließlich ein Besuch der Eröffnungsfeier der Miltenberger Michaelismesse, des größten Volksfests am bayerischen Untermain. Alles in allem: Eine großartige Tour mit vielen neuen Eindrücken und interessanten Begegnungen.

## VON MOSKAU ÜBER POTSDAM NACH GEMÜNDEN



Ich habe mich sehr gefreut, dass Rushena Gasimli mein Wahlkreisteam in meinem Bürgerbüro in Gemünden drei Wochen lang als Praktikantin unterstützte. Kennengelernt haben wir uns im letzten Jahr während einer meiner Auslandsreisen in Moskau, wo sie gerade bei der Friedrich-Ebert-

Stiftung ein Praktikum absolvierte. Ihre offene und engagierte Art ist mir gleich aufgefallen, weshalb ich nicht lange überlegen musste, als sie mich nach einem Praktikum fragte.

Die 26-jährige Krimtatarin lebt nun seit acht Jahren in Deutschland, sechs davon in Potsdam, und studiert im neunten Semester Osteuropastudien mit dem Schwerpunkt Recht an der Freien Universität Berlin. Die Mechanismen und Funktionen des politischen und gesellschaftlichen Systems sind von Grund auf verschieden, vergleicht die Masterstudentin ihre Erfahrungen in Deutschland mit denen zu Hause:

**„Hier habe ich Freiheit, Menschenrechte und politische Teilhabe kennen und schätzen gelernt. Und die wissenschaftlichen Untersuchungen an der Universität bestätigen meine Eindrücke, insbesondere mit Blick auf die Situation nach der Krim-Annexion.“**

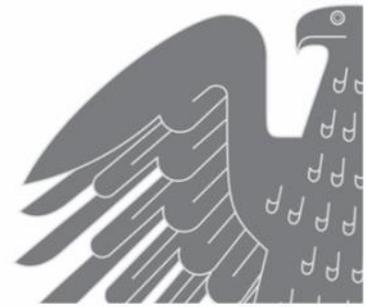
Sie unterstützte mein Wahlkreisteam beispielsweise mit der Auswertung der lokalen Presse, bei der Organisation von Veranstaltungen und dem Schreiben von Presseartikeln. „Die Grundwerte, die die SPD vertritt, gefallen mir. Und ich merke in der täglichen Arbeit hier im Büro, dass diese auch untereinander gelebt werden“, lobte Rushena.

Mit Rushena haben in diesem Jahr bereits sieben Praktikantinnen und Praktikanten Einblick in meine Arbeit und in die meines Teams erhalten. Ich freue mich immer, wenn sich junge Menschen dafür interessieren und biete deshalb gerne auch weiterhin die Möglichkeit zum Praktikum bei mir an.

**Wer also Lust hat, einmal hinter die Kulissen der Abgeordnetenarbeit zu schauen, kann sich jederzeit bei mir im Bürgerbüro melden.**

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## KURZ & BÜNDIG



Die unterfränkische Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS) lud Mitte September zu einer Infoveranstaltung zum Thema Rente ein. Ich referierte unsere Positionen und stellte mich der Diskussion. Aktive AGs sind mir als Bezirksvorsitzender besonders wichtig!



Ich war in Miltenberg bei der feierlichen Übergabe des ersten Bauabschnitts des Johannes-Butzbach-Gymnasiums. Die neue Ausstattung habe ich natürlich sofort getestet!



1.500 „Likes“ sammelte meine Facebookseite bislang. Grund genug, mich sehr herzlich bei allen zu bedanken, die „gefällt mir“ auf [www.facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB) geklickt haben. Auf die nächsten 1.500!



Eine Delegation von arbeits- und sozialpolitischen Abgeordneten des dänischen Parlaments war Mitte September zu Besuch im Bundestag. Wir sprachen über die Rentensysteme der beiden Länder. In Dänemark wurde das Renteneintrittsalter kürzlich auf 68 Jahre angehoben. Und es kann noch höher werden! Eine weitere Erhöhung des Eintrittsalters in die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland ist mit mir nicht zu machen. Stattdessen brauchen wir eine lebensstandardsichernde Rente für alle Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Wer in Rente geht, darf keine Angst haben, dabei sozial abzustiegen und harte Einschnitte in seiner oder ihrer Lebensführung hinnehmen zu müssen!



Willy-Brandt-Medaille für Heidi Wright: Ich durfte als SPD-Bezirksvorsitzender die Ehrung vornehmen. Herzlichen Dank, liebe Heidi, für über 25 Jahre als engagierte Streiterin für ein besseres, sozialeres Land und eine starke SPD!

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## PAULAS POST AUS DEN USA



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Paula Greb aus Burgsinn, die seit wenigen Wochen nun in den USA ist. Hier ihr zweiter Bericht:

„I pledge allegiance to the Flag of the United States of America and to the Republic for which it stands, one nation under God, indivisible, with liberty and justice for all.“

With these words I start my school day at 7:30am and hold my hand at my heart and my body is to the Flag's direction. At the end we always hear: It is a great day to be a rocket! After three weeks in my new school I immersed myself in the school and know where I have to go to my classes. My school has about 1500 students, which is not a big school compared to the other schools in my area but for me it is huge. There are so many different activities in my school you can join. For example you could be part of the Spanish or German Club, in which you explore the culture from the certain country. You could also participate in the Technical Team at the Drama Club or be part of many varying sports. My cross country season will be over soon, but we had many meets so far and a weekend trip to Peoria, for which we've done a fundraiser. I sold cookies and went from house to house at the fundraiser with my teammates. The marching band at my school had done a fundraiser before in a restaurant, in which they made breakfast for the custo-

mers to get the money. I've been at two football games at my school so far, which has been amazing! The atmosphere was great and everybody encouraged their team. The marching band, which performed all the time during the game, spread out a feeling of Nationality and school spirit. On September 11 the Marching band was part of a parade, which took place to remember the people and what happened on 9/11. I also saw many cars on this day with the American flag on the windows. Even today you hear people who are talking about what happened at 9/11 and what they've done on that day and be it in school or at the everyday life the theme is always mention and will never be forgotten.

Greeting from the USA to Germany!

Paula

„Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden.“

Mit diesen Worten beginne ich jeden Morgen um 7:30 Uhr meinen Schulalltag mit der Hand auf dem



Mein Cross Country-Team: Ich stehe hinten ganz rechts, direkt neben einem unserer Trainer.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



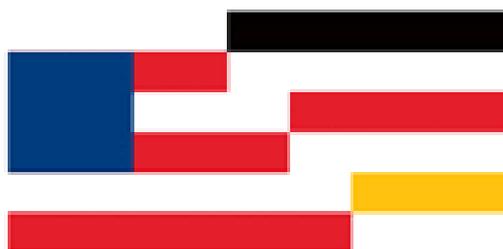
Herzen und dem Körper zur Flagge gerichtet. Und zum Abschluss noch der Satz: Es ist ein großartiger Tag, eine Rakete zu sein! Die „Rockets“, so werden hier die Schüler der Central High School genannt.

Nach drei Wochen in meiner neuen Schule habe ich mich gut eingelebt und finde mich gut zurecht.

Diese Schule hat ungefähr 1500 Schüler. Hier zählt sie eher zu den kleineren Schulen in meiner Gegend, aber für mich ist sie im Gegensatz zu Deutschland groß. Es gibt sehr viele Aktivitäten, die man nach der Schule machen kann. Beispielsweise einem Spanien oder Deutschen Club beitreten, wo man dann das Essen und Spiele aus den jeweiligen Ländern kennenlernt.

Daneben kann man auch Teil einer Technikgruppe sein, im Theater mitspielen oder an verschiedenen Sportarten teilnehmen. Meine Cross Country Saison ist bald vorbei. Unser Team hatte schon viele Wettkämpfe und einen Wochenendausflug nach Peoria, für den wir eine Spendensammlung gemacht haben. Bei der Spendensammlung habe ich Kekse verkauft und bin von Haus zu Haus gelaufen. Die Marching Band an meiner Schule hatte auch schon eine Spendensammlung, bei der die Schüler in einem Restaurant Frühstück gemacht haben, um damit das Geld zu bekommen.

Bis jetzt war ich auch schon bei zwei Footballspielen dabei. Die Stimmung war super, jeder hat seine Mannschaft angefeuert, den Cheerleadern zugehört. Die Marching Band, die während des ganzen Spiels auftritt, verbreitet ein Gefühl von Nationalstolz und einen Stolz, Teil der Schule zu sein. Am 11. September ist das Orchester meiner Schule auch bei einer Parade mitgelaufen, die zum Geden-



## Congress-Bundestag Youth Exchange

ken an 9/11 veranstaltet wurde. An dem Tag habe ich auch viele Autos mit einer amerikanischen Flagge im Fenster gesehen. Bis heute hört man noch oft von Leuten erzählen, was sie an dem Tag gemacht haben oder was damals geschah.

Das Thema wird immer wieder erwähnt, sei es in der Schule oder im alltäglichen Leben.

Hier ist es immer noch warm aber langsam kommt der Herbst.

Schöne Grüße in die Heimat

Paula

**Alle Texte aller meiner  
PPP-Stipendiatinnen  
unter [www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)**



Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

### Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und Miltenberg

### **Diskussion um Nationalpark im Spessart – Martina Fehlner fordert Machbarkeitsstudie und verbindlichen Zeitplan**

Liebe Leserinnen und Leser,



bei der Suche nach einer Region für einen von der Staatsregierung angekündigten dritten bayerischen Nationalpark ist in den letzten Wochen auch immer wieder der Spessart genannt worden. Das kam für alle Beteiligten, auch für mich, sehr überraschend.

Erst im Juli hatte ich den Forstbetrieb Rothenbuch besucht und mich dabei vor Ort von der großen ökologischen und ökonomischen Bedeutung des Waldes überzeugt. Zu diesem Zeitpunkt war ein möglicher Nationalpark im Spessart allerdings noch kein Thema. Jetzt sollten wir uns damit aber eingehender auseinandersetzen. Deshalb werde ich mich in den kommenden Wochen weiter über alle Vor- und Nachteile eines Nationalparks im Spessart umfassend informieren. Für mich ist es jetzt wichtig, den Dialog zu suchen. Diese Debatte kann nur

unter Einbeziehung der Bevölkerung und aller Beteiligten (Forstbetriebe, Waldwirtschaft, Naturschutzbehörden, Naturschutz- und Wandervereine, kommunale Verwaltungen sowie touristische Leistungsträger) geführt werden. Wir brauchen unbedingt verlässliche Fakten und Argumente, um dann sachlich beurteilen und abwägen zu können.

Und wir müssen am Ende ohne Eile eine gute Lösung finden, um den Wald als außerordentlich wichtige Ressource für die Menschen auf lange Zeit auf einem ökologisch hohen Niveau zu erhalten. Was wir benötigen, ist eine konkrete Machbarkeitsstudie und einen verbindlichen Zeitplan für einen dritten Nationalpark. Egal ob im Steigerwald, in der Rhön oder im Spessart. Auch die Einschaltung einer unabhängigen Kommission wäre denkbar. Für eine letztliche Entscheidung sind vor allem ökologische Aspekte und die Sicherung der Nachhaltigkeit des Waldes ausschlaggebend, aber natürlich müssen auch die wirtschaftlichen Potenziale und die rechtlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.

Die Staatsregierung hat es bedauerlicherweise versäumt, ihre Ankündigung wenigstens mit einer ersten Vorbefragung der Bürgerschaft und kommunaler Verantwortungsträger zu untermauern. Wie will man den Menschen in Bayern erklären - wie es die Staatsregierung tut -, dass ein Nationalpark im Steigerwald Wirtschaft und Tourismus massiv schadet, aber im Spessart oder in der Rhön Wirtschaft und Tourismus massiv nützt? Das Thema bleibt weiter auf der Tagesordnung und wird uns sicherlich noch einige Zeit beschäftigen.

Herzlichst,

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuerou@martina-fehlner.de

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## Volkmar Halbleib

Parlamentarischer  
Geschäftsführer der  
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter  
für Stadt und Landkreis Kitzingen

### Drohender Rückzug des Freistaats bei Unterstützung unterfränkischer Kommunalwälder!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist zu befürchten, dass die Bayerische Staatsregierung die bisherige Unterstützung für die Kommunalwälder in Frage stellt. Anlass dafür liefert ein aktuelles Schreiben von Forstminister Helmut Brunner an unterfränkische Bürgermeister. Darin heißt es: „Wegen reduzierter Personalkapazitäten und zusätzlicher Aufgaben ist ein Rückgang des staatlichen Betreuungsangebotes durch die Bayerische Forstverwaltung notwendig“.

Zwar solle der Ausstieg zeitlich gestreckt werden und auch zunächst nur bestimmte Waldbestände treffen, für mich ist aber klar: Damit verabschiedet sich der Staat scheinbar aus der Fürsorge für die kommunalen Wälder.

Hintergrund der Ankündigung Brunners ist für mich der massive Personalabbau in der bayerischen Forstverwaltung in den letzten Jahren. Das wird nun auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen. Seit vielen Jahren habe ich mit der SPD-Fraktion Haushaltsanträge zur Stärkung des Personals im Forstbereich gestellt, die von der CSU-Mehrheit immer abgelehnt worden sind. Leider ist man nun drauf und dran, ein bewährtes System für die kommunalen Wälder aufs Spiel zu setzen. Ich hoffe darauf, dass sich die geplanten Änderungen in letzter Minute verhindern lassen – durch kommunalen

Protest und das Aufwachen der CSU-Mandats-träger. Im Landtag will ich dafür kämpfen, dass bei den anstehenden Beratungen des Doppelhaushalts 2017/2018 der Personalabbau in der Forstverwaltung gestoppt und neue Mitarbeiter im Forstbereich eingestellt werden.

Ihr

Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL  
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030  
buergerbuero-halbleib@t-online.de



## GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher  
in der SPD-Landtagsfraktion  
Abgeordneter für Würzburg-Stadt  
Betreuungsabgeordneter für  
Main-Spessart

### Für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern: Der ländliche Raum braucht eine aktiv gestaltende Politik

Liebe Leserinnen und Leser,

Eine schöne Natur, frische Luft und der weite blaue Himmel über den Köpfen: Es gibt Vieles, was für ein Leben auf dem Land spricht. Doch eine ortsnahe Versorgung mit Ärzten, Schulen und Kindergärten, Einkaufsmöglichkeiten, lebendige Ortskerne und ein schnelles Internet sind erst die Voraussetzungen dafür, dass sich die Menschen hier auch wirklich wohl fühlen.

Es sind jedoch gerade die ländlichen Räume, die den Anschluss an die boomenden Zentren zu

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



verlieren, drohen. Auch der Landkreis Main-Spessart ist hiervon betroffen. Zu lange wurden in Bayern die peripheren Gebiete zugunsten der Landeshauptstadt vernachlässigt. Mit der Einrichtung der Enquête-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ ist es der BayernSPD jedoch gelungen, der Staatsregierung eine wirkungsvolle Einrichtung abzutrotzen, die Klartext spricht und eine wichtige Schnittstelle zwischen Bürgern und Politik darstellt.

Der stellvertretende Vorsitzende der Enquête-Kommission, Dr. Christoph Rabenstein, ist auf meine Einladung hin am 30. September in Unterfranken zu Gast. Mit sachkundigen Gesprächspart-

nern diskutiert er tagsüber über die Themen „Mobilität - Ein Muss für die soziale Gerechtigkeit“ in der Semmelstraße 46 in Würzburg und um 18 Uhr über „Nahversorgung - Ein Wunschtraum?“ in der Alten Turnhalle, Gärtnerstraße 2, Lohr am Main. **Sie sind alle herzlich nach Lohr eingeladen!**

Beste Grüße,

Ihr Georg Rosenthal, MdL

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL  
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162  
buergerbuero@georg-rosenthal.de

**Nahversorgung —  
Ein Wunschtraum?**

**30. September 2016, 18:00 Uhr**  
**Alte Turnhalle, Gärtnerstr. 2, Lohr**